



Die Verfassung **Thailands**

aus dem Jahr **2017**
im Überblick



Vorwort



Am 6. April 2017 hat Seine Majestät König Maha Vajiralongkorn Bodindradebayavarangkun, im Rahmen einer feierlichen Zeremonie, die neue Verfassung aus dem Jahr 2017 angenommen und unterzeichnet. Dieses ist die 20. Verfassung Thailands, seit der Errichtung des demokratischen Regierungssystems mit dem König als Staatsoberhaupt.

Die Verfassung ist das oberste Gesetz des Staates. Die Bestimmungen jeder Verfassung definieren die Rechte, Pflichten und Rahmenbedingungen, die alle Lebensbereiche der thailändischen Gesellschaft abdecken. Jede Verfassung enthält Bestimmungen, die zu der jeweiligen Zeit, für das aktuelle Zeitgeschehen des Landes angemessen sind. Daher wurden auch in die Verfassung des Königreichs Thailand, BE 2560 neue und spezifische Bestimmungen aufgenommen. So soll die Regierung eine nationale Strategie zur nachhaltigen Entwicklung des Landes fertigstellen, soll der Schutz der Rechte und Freiheiten verbessert werden und sollen die Abläufe der Wahl des Parlaments überarbeitet werden.

Das Sekretariat des Repräsentantenhauses hat, in seiner Funktion als Unterstützungsorgan für die Legislative der thailändischen Nationalversammlung und als Förderer des Wissens und des Verständnisses der Menschen bezüglich der thailändischen Politik und Verwaltung, verschiedene Möglichkeiten geschaffen, den Menschen Thailands die Verfassung aus dem Jahr 2017 leicht zugänglich zu machen. Diese Maßnahmen werden zu einem besseren Verständnis der Rechte und Freiheiten und der Pflichten, die befolgt werden müssen, beitragen. Das Ziel der Veröffentlichung dieser Zusammenfassung ist es, die wichtigsten Abschnitte der Verfassung BE 2560 (2017) in einem Druckmaterial zu sammeln, das jederzeit gelesen werden kann und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich ist.

Ein weiteres Ziel dieser Publikation besteht darin, auch Ausländern die wichtigsten Abschnitte der Verfassung zugänglich zu machen. Infolgedessen übersetzt das Fremdsprachenbüro diese Publikation in die Sprachen Spanisch, Deutsch, Arabisch, Japanisch und Koreanisch. Der Zugang zur Übersetzungsversion ist unter <http://www.parliament.go.th/interparliament/> zu finden.





Inhalt

Rechte und Freiheiten des thailändischen Volkes	_____	1
Pflichten der thailändischen Staatsbürger	_____	3
Die Pflichten des Staates	_____	5
Richtliniengrundsätze der staatlichen Politik	_____	6
Der Premierminister und der Ministerrat	_____	8
Die Nationalversammlung	_____	10
Abgeordnetenhaus	10
Senat	13
Die Nationalversammlung (Übergangsbestimmungen)	_____	15
Der Fahrplan zur Wahl	_____	19





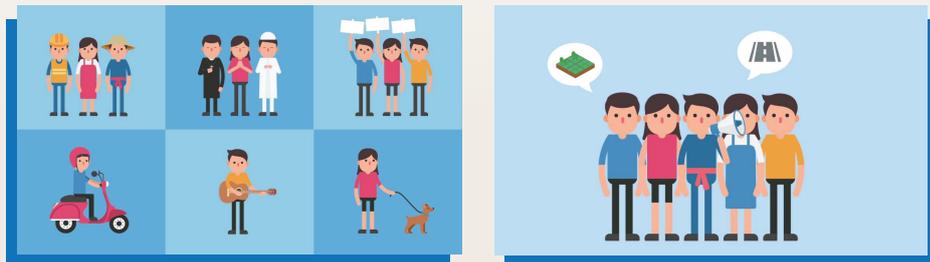
Rechte und Freiheiten des thailändischen Volkes



➔ **Veränderung der Umsetzung zur Gewährleistung und zum Schutz von Rechten und Freiheiten:** Der Abschnitt "Gewährleistung der Rechte und Freiheiten der Verfassung" wurde geändert zu: „neben den durch die Bestimmungen der Verfassung garantierten Rechten und Freiheiten genießt eine Person die Rechte und Freiheiten, eine Handlung durchzuführen, die durch die Verfassung oder andere Gesetze nicht verboten oder eingeschränkt ist und durch die Verfassung geschützt ist“.

➔ **Das Gesetz der Rechte und Freiheiten des thailändischen Volkes legt klar fest,** dass die Rechte und Freiheiten wahrgenommen werden können, insofern die Ausübung der Rechte und Freiheiten:

- 01 die Sicherheit des Staates nicht beeinträchtigt oder gefährdet;
- 02 die öffentliche Ordnung der Gesellschaft und der Menschen nicht beeinträchtigt oder gefährdet wird;
- 03 die Rechte oder Freiheiten anderer Personen nicht verletzt werden.



➔ **Der Staat kann die Rechte und Freiheiten der Bürger begrenzen,** wenn es im Einklang mit der Verfassung geschieht. Für den Fall, dass die Verfassung diese Voraussetzungen nicht erfüllt, darf ein solches Gesetz:

- 01 die Rechte und Freiheiten einer Person nicht unangemessen belasten und
- 02 die Menschenwürde einer Person nicht beeinträchtigen.



Für die Verabschiedung eines Gesetzes muss das Gesetz von allgemeiner Gültigkeit sein und darf nicht nur für einen bestimmten Fall und auf eine bestimmte Person angewendet werden. Zudem sind Rechtfertigung und Notwendigkeit der Beschränkung der Rechte und Freiheiten ebenfalls anzugeben.

Rechte und Freiheiten, wie in der Verfassung des Königreichs Thailand festgeschrieben, B.E. 2560 (2017)



1 Alle Menschen haben Rechte und Freiheiten und werden nach dem Gesetz gleichrangig geschützt. Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Eine ungerechtfertigte Diskriminierung einer Person ist nicht zulässig.

2 Alle Menschen verfügen über Rechte in folgenden Bereichen:

- 01 Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.
- 02 Jeder hat das Recht auf das Strafjustizsystem.
- 03 Jeder hat das Recht auf Freistellung von Zwangsarbeit.
- 04 Jeder hat das Recht auf Privatsphäre, Würde, Ansehen und Familie.
- 05 Jeder hat das Recht auf Eigentum und Erbnachfolge.
- 06 Jeder hat das Recht zur Bildung einer Verbraucherorganisation, um die Verbraucherrechte zu schützen und zu bewahren.
- 07 Jeder hat das Recht, staatliche Gesundheitsdienste zu erhalten, die vom Staat erbracht werden.
- 08 Jede Mutter, alle Personen über 60 Jahre, mit nicht genügend Einkommen für den Lebensunterhalt und bedürftige Menschen haben Anspruch auf staatliche Fürsorge.

3 Alle Menschen verfügen über Freiheiten in folgenden Bereichen:

- 01 Jeder hat die Freiheit zur religiösen Bekenntnis und zur Religionsausübung gemäß seiner oder ihrer religiösen Grundsätze.
- 02 Jeder hat die Freiheit der Wohnung.
- 03 Jeder hat die Freiheit der Meinungsäußerung, seine oder ihre Meinung in Wort, Schrift, Druck und auf eine andere Weise frei zu äußern und zu veröffentlichen und die Freiheit der der Wissenschaft.
- 04 Jeder hat die Kommunikationsfreiheit auf jegliche Weise.
- 05 Jeder hat die Freiheit des Reisens und die Freiheit den Wohnsitz auszuwählen.
- 06 Jeder hat die Freiheit der Berufswahl, seinen oder ihren Beruf frei auszuwählen.
- 07 Jeder hat die Freiheit der Vereinigung, Gesellschaften, Genossenschaften, Gewerkschaften, Vereine oder irgendeine andere Gruppe zu bilden.
- 08 Jeder hat die Versammlungsfreiheit. Jeder hat die Freiheit, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
- 09 Jeder hat das Recht, eine politische Partei in einem demokratischen Regierungssystem mit dem König als Staatsoberhaupt zu bilden.

4. Alle Menschen und Gemeinschaften verfügen über Rechte in folgenden Bereichen:



- 01 Alle Personen und Gemeinschaften haben das Recht, informiert zu werden und Zugang zu haben zu öffentlichen Daten oder Information, die im Besitz einer staatlichen Stelle sind, wie dies gesetzlich vorgesehen ist.
- 02 Alle Personen und Gemeinschaften haben das Recht, eine Petition an eine staatliche Stelle zu stellen und rechtzeitig über die Beratung und das Ergebnis unterrichtet zu werden.
- 03 Alle Personen und Gemeinschaften haben das Recht, eine Anklage einzureichen gegen eine staatliche Stelle infolge einer Handlung oder Unterlassung eines Regierungsbeamten oder Angestellten einer Staatsagentur.
- 04 Alle Personen und Gemeinschaften haben das Recht, Weisheit, Kunst, Kultur, Tradition und Bräuche auf lokaler und nationaler Ebene zu bewahren, wiederzubeleben oder zu befördern.
- 05 Alle Personen und Gemeinschaften haben das Recht, natürliche Ressourcen, Umwelt und Biodiversität in einer ausgewogenen und nachhaltigen Weise, im Rahmen gesetzlich zugelassener Verfahren, zu verwalten, zu erhalten und zu nutzen.
- 06 Alle Personen und Gemeinschaften haben das Recht, der Staatsagentur vorteilhafte Vorschläge zu stellen: (siehe Art. 17).
- 07 Alle Personen und Gemeinschaften haben das Recht, ein gemeinschaftliches Wohlfahrtssystem aufzubauen.

Pflichten der thailändischen Staatsbürger



Jeder hat folgende Pflichten zu erfüllen:

1



Jeder hat die Pflicht, die Nation, die Religionen, den König und das demokratische Regierungssystem, mit dem König als Staatsoberhaupt, zu bewahren und zu schützen.

2



Jeder hat die Pflicht, das Land zu verteidigen, die Ehre und die Interessen der Nation zu schützen und zu wahren und staatliches Gemeingut zu erhalten und zu schützen sowie zur Verhinderung und Minderung von Katastrophen beizutragen.



3



Jeder hat die Pflicht, das Gesetz strikt zu beachten.

4



Jeder hat die Pflicht, die allgemeine Schulpflicht zu befolgen.

5



Jeder hat die Pflicht, den Wehrdienst, wie nach dem Gesetz vorgeschrieben, abzuleisten.

6



Jeder hat die Pflicht, die Rechte und Freiheiten anderer Menschen zu respektieren und Handlungen zu unterlassen, die Unstimmigkeiten oder Hass in der Gesellschaft verursachen können.

7



Jeder hat die Pflicht, das Stimmrecht bei einer Wahl oder einem Referendum frei auszuüben.

8



Jeder hat die Pflicht, die Bewahrung und den Schutz der Umwelt, natürlicher Ressourcen, der Biodiversität und des kulturellen Erbes mitzutragen und zu unterstützen.

9



Jeder hat die Pflicht, die gesetzlich vorgeschriebenen Steuern und Abgaben zu zahlen.

10



Jeder hat die Pflicht, sich nicht an jeglichen Formen von unehrlichen Handlungen und falschem Verhalten zu beteiligen oder dieses zu unterstützen.

Pflichten des Staates

Die Pflichten des Staates, wie in der Verfassung des Königreichs Thailand von 2017 festgeschrieben wurde, bestehen aus (1) grundsätzlichen Pflichten und (2) Pflichten, die Rechte der Menschen „greifbar“ zu machen. Die Bürger und die Allgemeinheit haben das Recht, den Staat aufzufordern und anzutreiben, eine solche Handlung durchzuführen sowie eine gerichtliche Klage gegen eine zuständige staatliche Behörde einzureichen, um die Rechte den Menschen oder der Allgemeinheit nach gültigen Vorschriften und Verfahren zur Verfügung zu stellen.



1. Grundsätzliche Pflichten



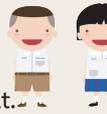
Der Staat stellt sicher, dass das Gesetz strikt beachtet und durchgesetzt wird.



Der Staat bewahrt und schützt die Institution des Königtums, die Unabhängigkeit und Souveränität Thailands, die territoriale Integrität des thailändischen Staatsgebiets und der Gebiete, über die Thailand Souveränitätsrechte besitzt sowie die Sicherheit des Staates und die öffentliche Ordnung.

2. Pflichten, die Rechte der Menschen „greifbar“ zu machen

01 Der Staat stellt sicher, dass jedes Kind eine qualitativ hochwertige Ausbildung der Pflichtschulbildung kostenlos erhält.



02 Der Staat stellt sicher, dass alle Menschen eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung allgemein erhalten.



03 Der Staat stellt sicher, dass die grundlegende Versorgungsleistungen, die für den Lebensunterhalt der Personen wesentlich sind, umfassend erbracht werden.



04 Der Staat hat die Pflicht, lokale Weisheiten, Kunst, Kultur, Traditionen und Bräuche auf lokaler und nationaler Ebene zu bewahren und zu fördern.



05 Der Staat hat die Pflicht, die natürlichen Ressourcen und die Umwelt zu schützen und zu bewahren.



06 Der Staat veranlasst öffentliche Anhörungen von betroffenen Menschen oder Gemeinden, wenn durch staatliche Handlungen ihre Lebensweise, die Gesundheit oder die Umwelt geschädigt wurden und der Staat hilft, den Schaden zu beheben.



07 Der Staat hat alle öffentlichen Daten oder Informationen im Besitz einer staatlichen Behörde anzugeben und stellt sicher, dass die Öffentlichkeit bequem auf diese Daten oder Informationen zugreifen kann.



08 Der Staat verwaltet die Frequenzen und den Zugriff auf Satellitenempfang zum Nutzen des Landes und der Menschen.



09 Der Staat stellt Maßnahmen oder Mechanismen zur Verfügung, um die Rechte der Verbraucher zu wahren und zu schützen.



10 Der Staat hält strikte finanzielle und fiskalische Disziplin ein.



11 Der Staat legt Maßnahmen oder Mechanismen vor, um unehrliche Handlungen und unrechtmäßige Handlungen im öffentlichen Sektor zu beseitigen.



Richtliniengrundsätze der staatlichen Politik



Die **Richtlinienprinzipien der staatlichen Politik** beziehen sich auf Richtliniengrundsätze für die staatliche Gesetzgebung und die Festlegung der Politik für die Verwaltung der Staatsangelegenheiten, die als Rahmen für die Umsetzung und Durchführung der politischen Agenda und ihrer Deckung verwendet werden.

- 1 Der Staat sollte eine nationale Strategie als Ziel für eine nachhaltige Entwicklung des Landes nach dem Grundsatz von „Good Governance“ festlegen.



- 2 Der Staat sollte eine freundschaftliche Beziehung zu anderen Ländern fördern.



- 3 Der Staat sollte den Buddhismus und andere Religionen unterstützen und schützen.



- 4 Der Staat sollte ein Managementsystem des Gerechtigkeitsprozesses organisieren, um Effizienz, Fairness und Nichtdiskriminierung zu gewährleisten und Rechtsbeistand für bedürftige oder unterprivilegierte Personen gewähren.



- 5 Der Staat sollte Forschung und Entwicklung von verschiedenen Zweigen der Wissenschaft, Technologien und Disziplinen der Kunst ermöglichen und fördern.



- 6 Der Staat sollte den verschiedenen ethnischen Gruppen Schutz bieten, um ihnen das Recht zu ermöglichen, in der Gesellschaft nach ihrer traditionellen Kultur, Sitte und Lebensart auf friedlicher Basis zu leben.



- 7 Der Staat sollte die Familie stärken, die Menschen fördern und weiterentwickeln, damit aus ihnen gute Staatsbürger von hoher Qualität werden sowie Jugendliche, Frauen, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung, mittellose Personen und benachteiligte Personen, unterstützen, um ihre Lebensqualität zu erhöhen und sie vor Gewalt oder unfairer Behandlung zu schützen.



8 Der Staat sollte Maßnahmen in Bezug auf Land, Wasserressourcen und Energie wie folgt ergreifen:

- (1) die Landnutzung in angemessener Weise planen;
- (2) die Stadtplanung auf allen Ebenen durchführen;
- (3) Maßnahmen zur Verteilung des Grundbesitzes gründlich und fair organisieren;
- (4) qualitativ hochwertige Wasserressourcen, die für den Verbrauch, die Landwirtschaft, die Industrie und andere Tätigkeiten ausreichen, zur Verfügung stellen;
- (5) Energieeinsparung und kostengünstige Nutzung von Energie fördern, um die Entwicklung und Nutzung alternativer Energien zu fördern und auszubauen.



9 Der Staat sollte Maßnahmen oder Mechanismen zur Verfügung stellen, um Landwirten die effiziente Durchführung der Landwirtschaft zu ermöglichen.



10 Der Staat sollte die Fähigkeiten der Menschen fördern, damit sie eine Arbeit ausüben können, die ihren Potenzialen und Altersgruppen angemessen ist, und sicherstellen, dass sie Arbeit haben, um sich zu engagieren, die Arbeit zu schützen und Einsparungen zu fördern.



11 Der Staat sollte ein Wirtschaftssystem organisieren, das den Menschen die Möglichkeit bietet, gemeinschaftlich von dem Wirtschaftswachstum in einer umfassenden und fairen Weise zu profitieren und sich von einem Engagement in einem Unternehmen im Wettbewerb mit dem privaten Sektor zurückhalten, außer in Ausnahmefällen für den Zweck, die Sicherheit des Staates zu wahren und gemeinsamen Interessen zu dienen.



12 Der Staat sollte ein System der Verwaltung der Staatsangelegenheiten im Einklang mit den Grundsätzen von „Good Governance“ entwickeln.



13 Der Staat sollte Gesetze nur in dem Ausmaß der Notwendigkeit einführen und Gesetze aufheben oder revidieren, die für die geltenden Umstände nicht mehr notwendig oder ungeeignet sind oder Hindernisse für den Lebensunterhalt oder das Engagement in Berufen darstellen, um Belastungen der Öffentlichkeit zu reduzieren. Vor der Verabschiedung jedes Gesetzes sollte der Staat Beratungen mit Interessensvertretern durchführen, um gründlich und systematisch alle Auswirkungen zu analysieren, die sich aus dem Gesetz ergeben könnten.



14 Der Staat sollte die Verbreitung von richtigem Wissen und Verständnis in der Öffentlichkeit fördern, bezüglich des demokratischen Regierungssystems mit dem König als Staatsoberhaupt und die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entwicklung des Landes, in der Prüfung der Ausübung der Staatsgewalt, bei der Bekämpfung unehrlicher Taten sowie bei Prozessen der Entscheidungsfindung in der Politik.



Der Premierminister und der Ministerrat



Der Ministerrat besteht aus einem Premierminister und nicht mehr als fünfunddreißig anderen Ministern, die die Aufgabe haben, die Verwaltung der Staatsangelegenheiten nach dem Grundsatz der kollektiven Verantwortung durchzuführen. Der König ernennt den Ministerrat. Der Präsident des Abgeordnetenhauses soll die königliche Anordnung gegenzeichnen, die den Premierminister ernennt. Der Premierminister darf nicht länger als acht Jahre im Amt sein, unabhängig davon, ob er aufeinanderfolgende Amtszeiten hat oder nicht. Dies schließt jedoch nicht den Zeitraum mit ein, in dem der Ministerpräsident nach dem Amtsantritt Aufgaben wahrnimmt.

- **Für eine Wahl kandidieren:** Eine politische Partei nominiert bei der Wahlkommission maximal drei Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten und gibt die Namen dieser Personen der Öffentlichkeit bekannt.



- **Liste der Kandidaten:** Die politische Partei erstellt die Liste mit den Premierminister-Kandidaten. Hierbei können Parteimitglieder, Nicht-Parteimitglieder, Mitglieder des Abgeordnetenhauses und Kandidaten, die nicht Teil des Abgeordnetenhauses sind, nominiert werden. Die politische Partei hat das Privileg der Auswahl und ist für diese Handlung gegenüber ihren Mitgliedern und der Öffentlichkeit verantwortlich.



- **Die nominierten Kandidaten:** Die nominierten Kandidaten müssen qualifiziert sein und dürfen keine Eigenschaften mitbringen, die für das Amt des Premierministers verboten sind. Zudem müssen alle Kandidaten schriftlich ihre Zustimmung zur Kandidatur mitteilen. Falls Kandidaten von mehr als einer Partei nominiert werden, verliert diese Zustimmung ihre Gültigkeit.

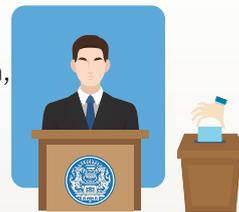




- Das Abgeordnetenhaus berät sich und wählt den Ministerpräsidenten von der Liste der Koalitionsparteien, deren Mitglieder ins Abgeordnetenhaus gewählt wurden und die nicht weniger als fünf Prozent der Gesamtzahl der Mitglieder im Abgeordnetenhaus ausmachen dürfen.



- Um als Ministerpräsident gewählt zu werden, muss ein Kandidat die Stimmen von mehr als der Hälfte der Gesamtzahl der vorhandenen Abgeordneten bekommen.



Neben den Qualifikationen, die für Abgeordnete gelten, muss ein zukünftiger Ministerpräsident zusätzliche Kriterien erfüllen:



- Man muss die thailändische Staatsangehörigkeit besitzen.
- Man muss mindestens 35 Jahre alt sein.
- Man muss mindestens einen Bachelor-Studienabschluss oder gleichwertigen Abschluss besitzen.



- Man muss von eindeutiger Integrität sein.



- Man darf über keinerlei Verhalten verfügen, das eine ernsthafte Verletzung von ethischen Standards darstellt.



- Man darf nicht durch ein Urteil zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden sein, unabhängig von der Endgültigkeit des Falles oder einer Aussetzung der Strafe, mit Ausnahme einer Straftat, die durch Fahrlässigkeit begangen wurde, eines geringfügigen Vergehens oder eines Verleumdungsvergehens.



- Es darf keine Person gewählt werden, deren Amt annulliert wurde aufgrund einer verbotenen Handlung, die zu einem Interessenkonflikt, einer missbräuchlichen Intervention oder einer Einmischung in die Erfüllung der Pflichten eines Staatsbeamten führen könnte. Dies gilt für einen Zeitraum von zwei Jahren, von dem Datum der Ernennung als Abgeordneter ausgehend.



Die Nationalversammlung

Gemäß der Verfassung des Königreichs Thailand aus dem Jahr B.E. 2560 (2017) besteht das Parlament aus dem **Abgeordnetenhaus** und dem **Senat**.



❖ Die Rolle der Abgeordneten

1. Vorschlagen und Beraten von Gesetzentwürfen;
2. Zustimmung oder Ablehnung des Notstandsgesetzes;
3. Einreichung von Anträgen auf Verfassungsänderung;
4. Kontrolle der staatlichen Verwaltung;
5. Zustimmung zur Ernennung des Ministerpräsidenten;
6. Unterbreitung einer Stellungnahme an das Verfassungsgericht zur Prüfung und Entscheidung über Beendigung der Mitgliedschaft von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, Senatoren oder Ausschüssen, die vorschlagen einen Antrag zu stellen oder einen Ausschuss zu bilden, die zu irgendeiner Beteiligung an der Budgetverwendung führen.



❖ Qualifikationen der Mitglieder des Abgeordnetenhauses



1. Man muss die thailändische Staatsangehörigkeit von Geburt an besitzen.
2. Man muss am Wahltag mindestens 25 Jahre alt sein.
3. Man muss Mitglied einer politischen Partei sein, vom Wahltag ausgehend mindestens seit 90 Tagen.
4. Wahlkreisabgeordnete müssen zusätzlich eine der folgenden Qualifikationen haben:

- Sein oder ihr Name muss im Haushaltsregister der Provinz registriert sein, in der er oder sie zur Wahl steht, für einen zusammenhängenden Zeitraum von nicht weniger als fünf Jahren bis zum Bewerbungstag.
- Er oder sie ist in der Provinz, in der er oder sie kandidiert, geboren.
- Er oder sie hat an einer akademischen Bildungseinrichtung in der Provinz, in der er oder sie kandidiert, für einen Zeitraum von nicht weniger als fünf akademischen Jahren, studiert.
- Er oder sie war in einer amtlichen Dienststelle oder war im Haushaltsregister registriert, in der Provinz, in der er oder sie zur Wahl steht für einen aufeinanderfolgenden Zeitraum von mindestens fünf Jahren.



❖ Verbote



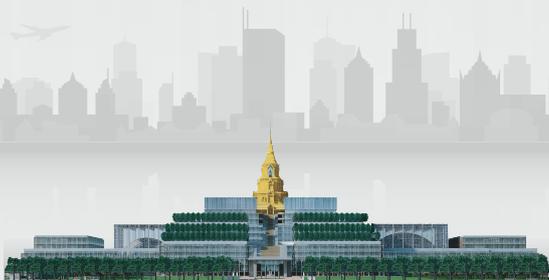
- Man darf nicht drogensüchtig oder bankrott sein.
- Man darf kein Aktionär in einem Zeitungs- oder Medienunternehmen sein.
- Man darf keine Person sein, der verboten wurde, ihr Stimmrecht wahrzunehmen.
- Man darf keine Person sein, deren Stimmrecht aufgehoben wurde.
- Man darf keine Person sein, deren Recht zu kandidieren vorübergehend oder dauerhaft aufgehoben wurde.
- Man darf keine Person sein, die, nachdem sie inhaftiert worden ist, vor weniger als zehn Jahren aus der Haft entlassen wurde, bis zum Tag der Wahl, mit Ausnahme einer Straftat, die durch Fahrlässigkeit oder eine geringfügige Straftat begangen wurde.
- Man darf keine Person sein, die aufgrund der unehrlichen Erfüllung von Pflichten aus ihrem Beruf entlassen wurde.
- Man darf keine Person sein, die der folgenden Taten überführt wurde: Ungewöhnliche Reichtumssteigerung/ Amtsvergehen/ Verbrechen/ unehrliche Handlung bei einer Wahl.
- Man darf keine feste Stelle als Regierungsbeamter, Beamter oder Mitarbeiter in einer Staatsagentur haben.
- Man darf nicht Mitglied eines lokalen Parlamentes sein.
- Man darf kein Senator sein oder ein Senator gewesen sein, wenn die Tätigkeit vor weniger als zwei Jahren beendet wurde.
- Man darf nicht als Verfassungsrichter tätig sein oder eine Position in einer ähnlichen Institution innehaben.
- Man darf keine Person sein, der es derzeit verboten ist, eine politische Position zu bekleiden.



Die 500 Mitglieder des Abgeordnetenhauses werden durch die Wahl des Volkes ermittelt, (350 Mitglieder aus den Wahlkreisen und 150 Mitglieder von den Parteilisten).

Die Regeln für die Wahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses, wie sie in dieser Verfassung beschrieben sind, beruhen auf dem Prinzip: „Jede Stimme zählt“. Kandidaten, die in den Wahlkreisen jeweils die höchste Stimmenzahl erhalten, werden Abgeordnete auf Wahlkreisbasis.

Die Anzahl der Stimmen, die jede politische Partei in den Wahlkreisen erhält, ob die Kandidaten die höchsten Stimmen erhalten oder nicht, wird als Anzahl der Sitze der Abgeordneten im Abgeordnetenhaus berechnet, die an jede politische Partei verteilt werden. Wenn eine politische Partei nicht alle Positionen der gewählten Mitglieder in allen Wahlkreisen füllen kann, wird die Anzahl der Abgeordneten des Repräsentantenhauses auf einer Parteienliste berechnet. Diese Berechnung schließt alle Stimmen mit ein und spiegelt so genau den politischen Willen der Öffentlichkeit wider.



Senatoren

Anzahl der Mitglieder : 200

Amtszeit : Fünf Jahre

❖ Rolle der Senatoren

1. Gesetzgebung;
2. Kontrolle der staatlichen Verwaltung;
3. Billigung der Ernennung einer Person, eine Stelle in einem unabhängigen Organ zu besetzen;
4. Einreichung eines Antrags auf Verfassungsänderung (zusammen mit den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses);
5. Unterbreitung einer Stellungnahme an das Verfassungsgericht zur Prüfung und Entscheidung über Beendigung der Mitgliedschaft von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, Senatoren oder Ausschüssen, die vorschlagen einen Antrag zu stellen oder einen Ausschuss zu bilden, die zu irgendeiner Beteiligung an der Budgetverwendung führen.

❖ Qualifikationen:



- Man muss die thailändische Staatsangehörigkeit von Geburt an besitzen.
- Man muss am Wahltag mindestens 40 Jahre alt sein.
- Man muss mindestens zehn Jahre Fachkenntnisse, Kompetenzen, und Erfahrungen auf dem Gebiet, auf dem man sich bewirbt, gesammelt haben oder die im Grundlagengesetz über die Installation von Senatoren vorgeschriebenen Qualifikationen erfüllen.
- Man muss eine besondere Verbindung zu dem Bereich haben, in dem man sich bewirbt.



❖ Verbote:

- Man darf keine Person sein, der es verboten wurde, an Wahlen teilzunehmen.
- Man darf kein Beamter, keine Beamtin sein.
- Man darf kein Mitglied einer politischen Partei sein.
- Man darf kein Abgeordneter sein oder gewesen sein, einen Posten in einer politischen Partei innehaben oder Minister, Mitglied eines lokalen Parlamentes oder Lokalverwalter sein, mit Ausnahme der Personen, die ihr Amt mindestens fünf Jahre vor dem Anmeldetag niedergelegt haben.
- Man darf nicht Vater, Mutter, Kind oder Ehepartner eines Abgeordneten sein, Senator, politischer Beamter, ein Kandidat für den Posten des Senators in der gleichen Wahlperiode sein oder eine Stelle beim Verfassungsgericht oder einem anderen unabhängigen Organ bekleiden.





Eine Auswahl von und unter Personen (200 Mitglieder)

Die Senatoren werden von einer Auswahl von und unter Personen bestimmt, die über unterschiedliches Wissen, Fachkenntnisse, Erfahrungen, Berufe, Eigenschaften, Arbeitserfahrungen oder Interessen aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft verfügen. Die Aufteilung der Gruppen sollte in der Weise erfolgen, dass es jedem Menschen ermöglicht wird, sich für die Berücksichtigung in einer Gruppe zu bewerben.

Die Aufteilung der Gruppen, die Bewerbung und Aufnahme, die Regeln und Verfahren für die Auswahl untereinander sowie die Anzahl der Senatoren, die aus jeder Gruppe ausgewählt werden, sollten in Übereinstimmung mit dem Grundlagengesetz über die Installation von Senatoren durchgeführt werden. Dies sollte auf der Ebene eines „Amphoe,“ auf der Ebene eines „Changwat“ sowie auf nationaler Ebene erfolgen, so dass ein Senator ein Vertreter aller thailändischen Staatsbürger auf nationaler Ebene ist.



Die Nationalversammlung (Übergangsbestimmungen)

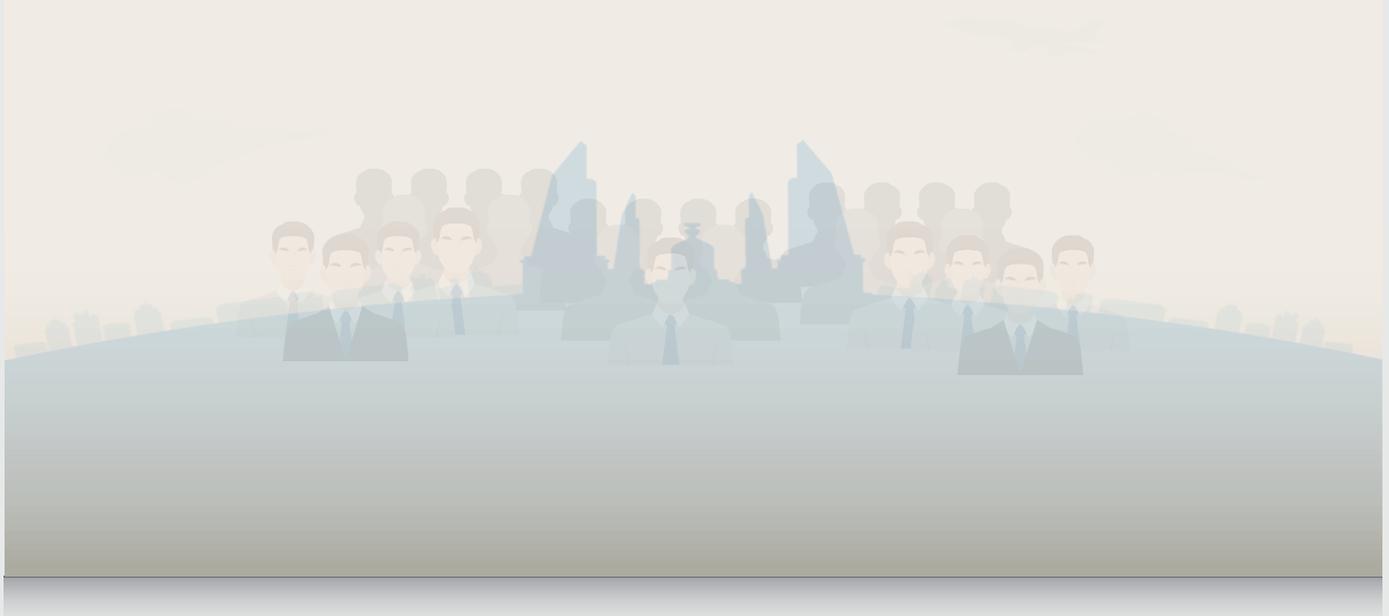
Senat

Während der Anfangsphase soll der Senat aus zweihundertfünfzig Mitgliedern bestehen, die vom König, auf den Rat des Nationalen Rates für Frieden und Ordnung hin, ernannt werden. Auswahl und Ernennung sollten den folgenden Regeln und Verfahren entsprechen:

(1) Es soll einen Senatauswahlausschuss geben, der aus nicht weniger als neun, jedoch aus nicht mehr als zwölf Personen besteht und der durch den Nationalen Rat für Frieden und Ordnung ausgewählt wird. Es sollen Personen sein, die über Kenntnisse und Erfahrungen in verschiedenen Bereichen verfügen und die politisch unparteiisch sind. Ihre Aufgabe besteht darin, geeignete Kandidaten zu nominieren, die als Senatoren zur Wahl stehen werden. Die Nominierung sollte den folgenden Regeln und Verfahren entsprechen:

(a) Die Wahlkommission wählt zweihundert Senatoren aus, gemäß Artikel 107 des Grundlagengesetzes über die Installation von Senatoren. Dies sollte nicht später als fünfzehn Tage vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus abgeschlossen sein, gemäß Artikel 268. Die Wahlkommission stellt dann dem Nationalrat für Frieden und Ordnung die Namensliste vor.

(b) Der Senatauswahlausschuss wählt nicht mehr als 400 geeignete Personen aus, die über die entsprechenden Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen, um die Senatstätigkeit auszuüben und die nationale Reform voranzutreiben. Diese Auswahl erfolgt nach dem vom Senatauswahlausschuss vorgeschriebenen Verfahren und anschließend soll die Namensliste an den Nationalen Rat für Frieden und Ordnung übergeben werden. Dies sollte spätestens bis zu der in (a) vorgeschriebenen Frist abgeschlossen sein.





(c) Der Nationalrat für Frieden und Ordnung bestimmt 50 Personen, gemäß (a) aus der von der Wahlkommission erstellten Liste sowie weitere 50 Personen als Stellvertreter, wobei sorgfältig darauf geachtet werden soll, Personen aus verschiedenen Gruppen zu berücksichtigen. Der Nationalrat für Frieden und Ordnung wählt zudem 194 Personen aus, die entsprechend (b) ermittelt wurden und die zu den folgenden Personen hinzugefügt werden, dem ständigen Sekretär des Verteidigungsministeriums, dem obersten Heerführer, dem Oberbefehlshaber der königlichen thailändischen Armee, dem Oberbefehlshaber der königlichen thailändischen Marine, dem Oberbefehlshaber der königlichen thailändischen Luftwaffe und dem Generalsekretär der königlichen thailändischen Polizei, wodurch diese Gruppe insgesamt 250 Personen umfasst. Darüber hinaus wählt der Nationalrat für Frieden und Ordnung 50 Stellvertreter aus der Liste der Namen aus, die entsprechend (b) ermittelt wurden. Diese Vorgänge sollten innerhalb von drei Tagen, ab dem Tag der Bekanntgabe des Wahlergebnisses für das Abgeordnetenhaus, entsprechend Artikel 268, abgeschlossen sein.

(2) Die Vorschriften aus Artikel 108 (b), Verbote (6), die sich auf die Positionen der Minister beziehen, gelten nicht für die Personen, die einen Senatsposten innehaben und die entsprechend (1) (b) ausgewählt wurden; Artikel 108 (b) Verbote (2), Artikel 184 (1) und Artikel 185 gelten nicht für die Personen, die von Amts wegen als Senatoren ausgewählt wurden.

(3) Der Nationalrat für Frieden und Ordnung schlägt 250 Personen von der ausgewählten Liste gemäß (1) (c) für die Anerkennung von Seiner Majestät des Königs vor. Der Vorsitzende des Nationalrats für Frieden und Ordnung unterschreibt danach entsprechend, die königliche Anordnung.

(4) Die Amtszeit des Senats in diesem Bereich beträgt fünf Jahre ab dem Tag der Ernennung durch die königliche Anordnung. Die Mitgliedschaft zum Senat beginnt am Tag der Ernennung durch die königliche Anordnung. Wenn eine Position frei wird, rückt die Person, die auf der Liste der Stellvertreter, entsprechend (1) (c), in der aufeinanderfolgenden Reihenfolge als nächstes aufgelistet ist, auf und erhält die Position eines Senators. Im Anschluss wird dann der Präsident des Senats tätig und unterschreibt die königliche Anordnung. Ein Ex-Officio-Senator soll auch das Amt des Senators verlassen, wenn er zu diesem Zeitpunkt von seiner Stelle freigestellt wurde und es wird ein Verfahren eingeleitet, um eine Person zu ernennen, die die Position als Ex-Officio-Senator übernimmt. Ein Senator, der ausgewählt wurde, um die freie Stelle zu besetzen, übernimmt die komplette restliche Amtszeit.



Befugnisse und Aufgaben der Nationalversammlung

Die Nationalversammlung führt ihre Aufgaben gemäß der Verfassung, den Gesetzen und der Rechtsstaatlichkeit für das Gemeinwohl der Nation und das Glück der Allgemeinheit aus.



Gemeinsame Sitzungen der Nationalversammlung

Der Nationalversammlung besteht aus dem Abgeordnetenhaus und dem Senat. Der gemeinsamen Sitzung der Nationalversammlung muss ein Beschluss vorhergehen, die gemeinsame Sitzung einzuberufen, um Abstimmungen zu beraten. Solche Abstimmungen sind von besonderer Wichtigkeit für die Nation. Deshalb unterscheiden sich die Befugnisse und Pflichten der Nationalversammlung von denen des Repräsentantenhauses und des Senates wie folgt:

- ① Eine ordentliche Sitzung kann bis 120 Tage vor dem Sitzungstag mit Zustimmung der Nationalversammlung vertagt werden.
- ② Die Nationalversammlung hält eine gemeinsame Sitzung in folgenden Fällen ab:
 - (1) Die Ablegung einer feierlichen Erklärung des Regenten vor der Nationalversammlung;
 - (2) Die Anerkennung einer Änderung des Palastgesetzes über die Nachfolge, B.E. 2467 (1924);
 - (3) Die Anerkennung oder Bestimmung der Thronfolge;
 - (4) Die Genehmigung der Verschiebung einer Sitzung;
 - (5) Die Eröffnung der Sitzung der Nationalversammlung;
 - (6) Beratung über den Gesetzentwurf zu einem Grundlagengesetz;
 - (7) Die Nachprüfung eines Gesetzentwurfes zu einem Grundlagengesetz;
 - (8) Die Beratung zur Zustimmung gemäß Artikel 147 (für den Fall, dass die Amtszeit des Abgeordnetenhauses abläuft oder das Abgeordnetenhaus aufgelöst wird, während die Gesetzentwürfe noch nicht von der Nationalversammlung gebilligt worden sind, kann das Kabinett, das neu ernannt wird, einen Antrag an die Nationalversammlung stellen, um solche Entwürfe weiter zu beraten);
 - (9) Die Abhaltung einer Generaldebatte;
 - (10) Die Anfertigung der Geschäftsordnung des Parlaments;
 - (11) Die Verkündung der Regierungsmaßnahmen und Strategien;
 - (12) Die Zustimmung zu einer Kriegserklärung;



- (13) Die Anhörung und die Zustimmung zu einem Vertrag (weitere Informationen finden Sie unter Zustimmungsverfahren);
- (14) Die Änderung der Verfassung nach entsprechenden Regeln und Verfahren;
- (15) Weitere Fälle, wie in der Verfassung festgeschrieben.



Erlassung von Gesetzen:

1. Erlassung von Grundlagengesetzen und Gesetzen;
2. Einbringung und Beratung von Grundlagengesetzen;
3. Neuberatung und Bekräftigung von Gesetzen;
4. Zustimmung zu den Vorschlägen zu Verfassungsänderungen oder Gesetzen, die noch nicht durch die Nationalversammlung genehmigt wurden und daher auf Antrag des Ministerrates erloschen sind;
5. Zustimmung zum Notstandserlass, der vom Kabinett dem Parlament zur Überlegung unverzüglich vorgelegt werden sollte;
6. Einbringung von Anträgen und Beratung über Anträge über Verfassungsänderungen.

Gewaltenteilung gegenüber der Exekutive



1. In Fällen, in denen sich ein wichtiges Thema für den Schutz, die Sicherheit oder die Wirtschaft des Landes ergibt, für das es eine gemeinsame Absprache zwischen der Nationalversammlung und dem Ministerrat geben sollte, sollte der Führer der Opposition den Präsidenten der Nationalversammlung darüber in Kenntnis setzen, dass eine allgemeine Aussprache in einer Sitzung der Nationalversammlung stattfinden sollte.

2. Der Ministerrat, der die Verwaltung der Staatsangelegenheiten übernehmen wird, muss innerhalb von fünfzehn Tagen, ab dem Tag, an dem er seine Arbeit antritt, der Nationalversammlung die Strategien und Inhalte seiner Politik erläutern, die mit den Aufgaben des Staates, grundsätzlichen Prinzipien von Staatspolitik und der nationalen

3. In Fällen, in denen ein bedeutendes Problem bei der Verwaltung der Staatsangelegenheiten auftritt und der Ministerrat es für zweckmäßig hält, die Stellungnahmen der Abgeordneten, des Abgeordnetenhauses und der Senatoren anzuhören, kann der Ministerpräsident eine Bekanntmachung an den Präsidenten der Nationalversammlung vorlegen, in dem beantragt wird, dass eine allgemeine Aussprache in einer gemeinsamen Sitzung der Nationalversammlung stattfinden soll.

Zustimmung des Parlaments



1. Das Parlament muss einer Kriegserklärung zustimmen;
2. Das Parlament muss allen Verträgen zustimmen, die Auswirkungen haben auf thailändische Territorien oder Außengebiete, über die Thailand das Souveränitätsrecht oder die Gerichtsbarkeit hat sowie Verträgen, die sich auf die Sicherheit der Wirtschaft, der Gesellschaft, des Handels und der Investitionen auswirken können.



Der Fahrplan zur Wahl





Arbeitsgruppe der übersetzten Versionen der Verfassung Thailands aus dem Jahr 2017 im Überblick

- | | |
|----------------------------------|---|
| 1. Frau Krisanee Masrichan | Direktorin der Spanisch-, Deutsch-, und Arabischabteilung |
| 2. Herr Choochart Putpeng | Übersetzer für Arabisch |
| 3. Frau Pathomporn Raksapolmuang | Übersetzerin für Spanisch |
| 4. Herr Takkawit Mingkvan | Übersetzer für Japanisch |
| 5. Frau Wilasinee Chairattrakul | Übersetzerin für Japanisch |
| 6. Herr Somjai Thongkun | Übersetzer für Koreanisch |
| 7. Frau Nisaporn Sutthimarn | Übersetzerin für Koreanisch |
| 8. Frau Wanwimon Maowtub | Übersetzerin für Koreanisch |
| 9. Frau Kulthida Khanwithi | Übersetzerin für Deutsch und Koordinatorin |







Übersetzt: Arbeitsgruppe der übersetzten Versionen der
Verfassung Thailands aus dem Jahr 2017 im Überblick,
Büro für Fremdsprachen, das Sekretariat des Abgeordnetenhauses
Daten und Fotos: Abteilung der Museen und Archive,
Büro für akademische Dienstleistungen